

Vor einigen Tagen habe ich der Formulierung Rechts"ruck" widersprochen. [[siehe](#)]. Auch auf facebook habe ich dagegen gesprochen, erst der neueren SPD antisoziale Ziele zuzuschreiben. Mit der anfänglich sehr langsam wachsenden großen kapitalistischen Krise, die gleichzeitig eine ökonomische, soziale und eine ökologische ist, begann die SPD nacheinander alle linken Kampffelder widerspruchlos zu räumen.

- Unter Willy Brandt wurde mit der Einführung der Berufsverbote eine erneute Ausgrenzung der gesellschaftlichen Linken aus der öffentlichen Debatte eingeleitet.
- Die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit wurde unter Helmut Schmidt zur "konzertierten Aktion" umgestaltet. Mit dem "Nato-Doppelbeschluss" wurde unter Schmidt die Zuverlässigkeit Deutschlands im westlichen "Verteidigungsbündnis" in Beton gegossen.
- Erste Schritte des Sozialabbaus und eine folgenreiche Einschränkung der Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften fanden unter Kohl statt.
- 1998 gelang es der SPD mit Rückgriff auf Worthülsen der Arbeiterbewegung wieder eine Wahl zu gewinnen. Der "Genosse der Bosse" jedoch setzte die von Kohl eingeleitete Politik des Sozialabbaus entschlossen fort und ließ dazu auch noch Abgeordnete von SPD und Grünen 1999 den ersten Auslandseinsatz der Bundeswehr beschließen.
- Seit den Wahlen 2005 bestimmt Angela Merkel (CDU) die Richtlinien der deutschen Politik. Zwischen 2005 und 2009 wurde, seit 2013 wird sie dabei tatkräftig unterstützt von einer Sozialdemokratie, die sich als weitgehend käuflich erwiesen hat und von der man ohne jede Einschränkung sagen kann, dass sie keine linke Alternative darstellt.

Spätestens seit dem Ausscheiden Oskar Lafontaines aus dem ersten Kabinett Schröder ist weder die deutsche Sozialdemokratie noch die junge Partei DIE LINKE oder ein Netzwerk linker Einzelpersonen willens oder in der Lage eine wirkungsvolle linke Alternative zur herrschenden Politik zu formulieren. Auf keinem einzigen der Felder linker Politik, die dringendst öffentlicher inhaltlicher Debatte bedürfen gibt es eine Forderung hinter die sich meine Nachbarin ohne langes Grübeln stellen könnte: Demokratieentwicklung, Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung, soziale Sicherheit, Daseinsvorsorge, nachhaltiges Wirtschaften, Krieg oder Frieden. Diese Form der Alternativlosigkeit hat die Wahlbeteiligung auf Bundesebene seit 1953 von 86,3 auf zuletzt 71,5 Prozent sinken lassen. Kanzler oder Kanzlerin werden de facto nicht von einer Mehrheit der Bevölkerung gewählt, sondern von einer undurchsichtigen, zufälligen Mehrheit unter den gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten mit den unterschiedlichsten Eigeninteressen. "Koalitionsverhandlungen" genannte öffentliche Schauspiele ersetzen politische Willensbildung. Es geht bei diesen Schauspielen nicht um mögliche Kompromisse in Sachfragen zwischen Parteien mit inhaltlichen Schnittmengen. Inhalt von Koalitionsverhandlungen ist der Kampf um die bestmögliche materielle Absicherung möglichst vieler Mandatsträgerinnen und Mandatsträger aus den jeweils "eigenen" Reihen. Genau diese Erscheinung ermöglicht "Koalitionen" jeglicher Farbkombination, voraussichtlich in naher Zukunft auch unter Einbeziehung der Blauen. Das hat mit Demokratie nichts mehr zu tun, nicht einmal mit "repräsentativer".

Wer das nicht in den Blick nimmt, kann den Erfolg der AfD nicht erkennen als Folge einer über Jahre hinweg konsequent verfolgten Politik im Kapitalinteresse. Plötzlich haben wir einen "Rechtsruck" und zur Aufgabe alte und neue Nazis zu blockieren, kommt angeblich eine neue Aufgabe: Wir gebieten dem Rechtsruck Einhalt. Am besten gemeinsam mit wohlmeinenden antirassistischen Unternehmerverbänden. Kommt Euch/Ihnen das nicht langsam spanisch vor?

Wer zeitliche Perioden setzt und einschneidende Ereignisse ("Zäsuren") - dem entgehen leicht die Kontinuitäten. Wer die Rechtsentwicklung seit den 70ern des vergangenen Jahrhunderts nicht erkennt, seit den Jahren, die manche gerne als das sozialdemokratische Zeitalter bezeichnen, kann logischerweise über kurzfristige, punktuelle Re-Aktionen auf skandalisierte Details nicht hinauskommen. Die Formulierung einer umfassenden politischen Alternative wird zurückgestellt. Fragen der politischen Strategie rücken in den Hintergrund und die politischen Akteure beginnen in einer Art Springprozession zu den vom Mainstream gesetzten Themen auf Glanzpapier im corporate design Stellung zu nehmen. Gestern erlebte ich z. B., dass die Form einer Veranstaltung der Partei, der ich angehöre, ihre Inhalte konterkarierte. Nein, Leute! Wer Initiativen gegen Rechts im Stil von "Deutschland sucht den Superstar" schaulaufen lässt, provoziert beim Publikum Reaktionen wie "Initiative AB aus W fand ich aber besser, interessanter, kreativer ... als XY aus C" und pflegt kapitalistische Konkurrenz- und Ranking-Kultur.

In den vergangenen Jahren hat die gesellschaftliche Linke, auch die Partei DIE LINKE, wesentlich dazu beigetragen, die auf die Bekämpfung materieller und sozialer Ungleichheit gerichtete traditionelle Perspektive der Linken zu verwässern. Es gibt eine zunehmende Tendenz, nahezu jede kulturelle Differenz und ihre

Behandlung in der Öffentlichkeit, in der Presse, in der Politik, in der Gesetzgebung, mit der Unterscheidung von links und rechts zu verknüpfen.

- Zu einer Frage von links und rechts wurde z. B. das Erbrecht für gleichgeschlechtliche Paare. Man stelle sich vor: Die Gewährleistung des Erbrechts für alle, wird zu einem Anliegen der Linken!
- Ähnlich verläuft die Debatte zu Fragen öffentlicher Religionsausübung und laizistischer Ausrichtung von Schulen und Bildung. Jetzt ist es nicht mehr links, Kruzifixe aus Klassenzimmern zu entfernen. Wir ergänzen sie durch eine religiös bezogene Kopftucherlaubnis und stellen neben die Kirche eine Moschee - schon ist die Welt in Ordnung.
- Zur Frage von links und rechts wurde auch die Absenkung der Bordsteinkanten an städtischen Straßenecken. Mit Bezug auf die Menschenrechte einer diskriminierten Minderheit gelang es endlich, das durchzusetzen, was Generationen Kinderwagen schiebender Mütter nicht erreichen konnten: barrierefreie Bewegungsräume. Ich hoffe, dass es so eines Tages auch möglich sein wird - über den Umweg Ruhe- und Rückzugsräume für Behinderte - Parteitage so zu organisieren, dass ihre Arbeitsformen den Bedürfnissen angeblich nicht beeinträchtigter Menschen Rechnung tragen.
- Das Theater und Hollywood lieben zeitweilig das Spiel mit den Geschlechterrollen. Ethnologinnen und Ethnologen wissen seit geraumer Zeit, dass die gesellschaftlich-kulturelle Ausgestaltung bestimmter Geschlechterrollen sehr unterschiedlich sein kann. Muss man es deshalb, wie ich es im vergangenen Jahr auf einem Seminar erlebt habe, als linken Inhalt in den Vordergrund stellen, dass medizinische Maßnahmen zur Angleichung der realen körperlichen Merkmale der Geschlechtszugehörigkeit an die Selbstwahrnehmung zur Pflichtleistung der Krankenkassen gehören müssen, weil sonst die Menschenwürde nicht garantiert ist?
- Ich sehe auch im wachsenden Geschäft mit der medizinisch unterstützten "Formulierung" des eigenen Körpers keinen Freiheitszuwachs, sondern den Versuch, neue Dienstleistungsmärkte zu erschließen. Nachdem die Landnahme des Kapitals im Zug der sog. Globalisierung weit fortgeschritten ist, die internationale Konkurrenz immer stärker die Profitrate bedroht, wird jetzt die "selbstbestimmte" Gestaltung der individuellen körperlichen Erscheinungsform zum Menschenrecht erklärt. Einem Menschenrecht übrigens, das - so es eines sein oder werden soll - gegenwärtig nur von Bewohnern der entwickelten Länder wahrgenommen werden kann. Hat für Linke die körperliche Selbstgestaltung mit medizinischen Mitteln den gleichen Stellenwert, wie die Bekämpfung einer Ebola-Epidemie?
- Immer öfter treffe ich auf sich links verstehende Menschen, denen ich nach ihrem Reden unterstellen muss, dass ihnen die Gewährleistung der Tierrechte wichtiger ist als der Hunger unter den Menschen oder die Pfandflaschen sammelnden Alten. Erstaunlicherweise sind darunter häufig auch solche, die von Grundsicherung leben müssen, also eigentlich nur sehr eingeschränkte Mittel haben, sich im Bio-Markt mit Seitan oder abgepackter pflanzlicher Leberwurst einzudecken. Ich habe es bisher nicht für möglich gehalten, dass „unter Linken“ Diätformen ins Zentrum persönlichen und politischen Interesses rücken und die Gespräche am Rande von Seminaren und Parteitagen bestimmen.
- Die Debatte um die sanktionsfreie Mindestsicherung und das bedingungslose Grundeinkommen - nach meiner Beobachtung ohnehin nur unter ideologisch versierten Hardcore-Linken überhaupt diskussionswürdig - belegt hauptsächlich eines: die inhaltliche Verlagerung vom Recht auf Arbeit zum Recht auf "menschenwürdig" abgefederte Exklusion. Manche Linke treten lieber gemeinsam mit Herrn Werner Götz, dem Inhaber einer Drogeriekette, fürs bedingungslose Grundeinkommen ein oder beziehen sich ausgerechnet auf ein paar in diesem Zusammenhang zitierfähige Sätze von Milton Friedman statt gemeinsam mit den Kolleginnen von "Metall" und verdi für kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne zu kämpfen.
- „Nach Köln“ wurde ich zumindest verbal von linken Frauen des Mangels an Solidarität bezichtigt. Ich sperre mich nämlich gegen eine Verschärfung des Sexualstrafrechts zum besonderen Schutz von Frauen. Was soll Strafverschärfung Menschen nutzen, die sich freiwillig, womöglich sogar noch beeinträchtigt durch Alkohol oder andere Rauschmittel, an Orte begeben, an denen mindestens 3 Personen auf einen Quadratmeter kommen? Soll wirklich die einfache Behauptung genügen, XY habe mich in dieser Situation nicht versehentlich gestreift, sondern meinen Hintern begrapscht um XY ins Gefängnis zu bringen und als Sexualstraftäter gesellschaftlich unmöglich zu machen? In einem solchen Staat möchte ich nicht leben. Ich halte daran fest, dass eine kurze Drehung, gefolgt von einer Watschn oder dem

Hochziehen eines Knies erfolgversprechender ist, als 2 Jahre Gefängnis für Übergriffige.

Linke verweisen mittlerweile auf alle möglichen Ungleichbehandlungen. Vermutlich den kleinsten Teil davon kann man mit den Mitteln des Rechts beseitigen. „Bedenke, das Leben ist ungerecht. Manchmal auch zu deinen Gunsten.“ "Linkssein" wurde inhaltlich weitgehend entkernt. Man braucht schon einen großen Überblick über gegenwärtige Kulturen und Subkulturen um im Gespräch über Ernährung, Geschlechterrolle und Rassismus die Aufmerksamkeit der Gesprächsteilnehmer zu lenken auf die ökonomischen und sozialen Interessen der besitzlosen Menschen hier und in anderen Weltgegenden. Die dann sichtbar werdende Fassade aus linken Worthülsen, wirkt ziemlich mitgenommen. Rundum fehlen konkrete Inhalte, mit denen man die Massen anstacheln könnte – wenn schon nicht zur Revolution, wenigstens zur Revolte.

Der Klassenfeind - die Gruppe der Verfügungsberechtigten über und die Eigentümer von Produktionsmitteln - ist anscheinend aus dem Blickfeld mancher Linker auf geheimnisvolle Weise verschwunden.

Umgangssprachlich: Sie haben ihn nicht mehr auf dem Schirm. Deshalb provoziert die Rede vom Rechtsruck unheilige Allianzen. Linke marschieren Seit´ an Seit´ mit dem mittelständischen Unternehmen, das den bereits im Betrieb vorhandenen Gruppen Stammebelegschaft, Leiharbeiter, Werkverträger, deutsche Mindestlöhner "aus Menschenliebe" eine weitere hinzufügt: die geflüchteten integrationswilligen Unter-Mindestlöhner mit abgeschlossener Berufsausbildung. Nicht wenige Linke tragen die Jubelarien von Willkommensinitiativen mit: "Hurra! Gestern hat der 23ste von uns betreute Flüchtling nach 2 Jahren Wartezeit die Gelegenheit erhalten, sich für 6 €/Stunde zu integrieren!" Ist das nicht schön und eine Pressemitteilung wert, schon der 23ste von den x-Tausend im Landkreis zum Aufenthalt Berechtigten?

Die Rede vom Rechtsruck lenkt ab, soll ablenken (?), vom Kampf für materielle und soziale Teilhabe für alle mit Bezug auf die grundsätzliche Gleichheit und Gleichberechtigung aller Individuen unserer Spezies. Ein von der sozialen Frage losgelöster Anti-Rassismus ist genauso zur Wirkungslosigkeit verdammt, wie ein von der sozialen Frage losgelöster Anti-Sexismus.

Linke Alternativen lassen sich nach wie vor nur unter Berücksichtigung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit formulieren. Der Bezug auf die in der UN-Charta niedergelegten Menschenrechte kann dabei in der Argumentation hilfreich sein. Ein Ersatz für Kapitalismuskritik und eine daraus abgeleitete Politik für materielle und soziale Gleichheit ist er nicht. Das philosophische Schwadronieren über Menschenrechte ist keine moderne Form des Kampfes zwischen Nutznießern und Benachteiligten der gegebenen Gesellschaftsordnung. In meinen Albträumen stellen deutsche Linke zur Zeit die Philosophie von den Füßen auf den Kopf. Mit zustimmender Begeisterung kommentieren mir persönlich bekannte Linke auf facebook die Auslassungen eines Herrn Richard David Precht, dessen wichtigstes Handwerk das Klappern ist. Vielleicht begrüßen Menschen, die das Merkmal "links" für sich beanspruchen, demnächst das "stifterische Engagement" von Frau Klatten, wer weiß?